

## **1610 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XX. GP**

# **Bericht**

## **des Außenpolitischen Ausschusses**

### **über den Antrag 905/A(E) der Abgeordneten Mag. Johann Ewald Stadler und Genossen betreffend EU-Beitragssenkungen**

Die Abgeordneten Mag. Johann Ewald Stadler und Genossen haben den gegenständlichen Entschlie-ßungsantrag am 7. Oktober 1998 im Nationalrat eingebracht und wie folgt begründet:

“Österreich ist nicht nur einer jener wenigen Mitgliedstaaten der Europäischen Union, die sogenannte Nettozahler sind, sondern vielmehr einer der größten Nettozahler. Das heißt, unser Land liefert wesentlich mehr Beiträge an die Europäische Union ab, als es an Rückflüssen lukrieren kann. Mit der geplanten Erweiterung der Europäischen Union und im Zusammenhang mit der von der Kommission vorgelegten Agenda 2000 (Stichwort: Strukturfondsreform) wird sich die finanzielle Belastung für die Nettozahler der Union, also auch für unser Land, weiter erhöhen, zumal die Nettoempfänger EU-Transferkürzungen vehement ablehnen. Im Gegensatz zum ‚EU-Musterschüler‘ Österreich findet jedoch in den Mitgliedstaaten, die sich in einer ähnlichen Situation befinden (beispielsweise in der Bundesrepublik Deutschland, in Schweden oder in den Niederlanden), eine breite öffentliche Diskussion über die Ausgaben der Europäischen Union (Stichwort: Ausgabendisziplin, Betrug) sowie über die Höhe der Beitragszahlungen und über gerechte Mittelrückflüsse statt. Dies führt dazu, daß die Regierungen dieser Länder, nach dem Vorbild Margaret Thatchers, jüngst einen Vorstoß unternommen haben, um ihre übermäßigen Nettosalden zu reduzieren. Die Österreichische Bundesregierung unterstützte zwar grundsätzlich diese Initiative, doch läßt sie den entsprechenden Nachdruck vermissen.”

Der Außenpolitische Ausschuß hat den gegenständlichen Entschließungsantrag in seiner Sitzung am 10. Februar 1999 in Verhandlung genommen.

In der anschließenden Debatte ergriffen die Abgeordneten Mag. Johann Ewald **Stadler**, Dr. Martina **Gredler**, Dr. Michael **Spindelegger** und Herbert **Scheibner** das Wort.

Die Abgeordneten Peter **Schieder** und Dr. Michael **Spindelegger** brachten einen Abänderungsantrag ein. Weiters wurde vom Abgeordneten Mag. Johann Ewald **Stadler** ein Zusatzantrag vorgelegt.

Bei der Abstimmung wurde der gegenständliche Entschließungsantrag in der Fassung des vorerwähnten Abänderungsantrages der Abgeordneten Peter **Schieder** und Dr. Michael **Spindelegger** mit Stimmenmehrheit angenommen.

Der Zusatzantrag des Abgeordneten Mag. Johann Ewald **Stadler** fand nicht die Zustimmung der Ausschußmehrheit.

Als Ergebnis seiner Beratungen stellt der Außenpolitische Ausschuß somit den **Antrag**, der Nationalrat wolle die begedruckte Entschließung annehmen.

Wien, 1999 02 10

**Mag. Dr. Josef Höchtl**

Berichterstatter

**Peter Schieder**

Obmann

## **EntschlieÙung**

Die Bundesregierung wird ersucht, sich in den Verhandlungen über die künftige Finanzierung der Europäischen Union weiterhin für eine faire und solidarische Lastenverteilung unter den Mitgliedstaaten der Europäischen Union einzusetzen.